

Abreißkalender.

Belgien hat also sein Pössisa verteuert. Einmal als Abwehr und Reziprozität gegen das Ausland, zumal Amerika, dann auch, weil es Geld braucht.

Hoffentlich werden auch wir uns nicht mehr länger gottergeben die Haut über die Ohren ziehen lassen und z. B. 75 Fr. für eine Reise nach Berlin an die deutsche Gesandtschaft bleichen, während die deutschen Reisekonfeks gratis und franko hier hereinschneien.

Belgien scheint sich wegen der immerhin erklecklichen Beträge, die es uns jetzt für einen Stempelabdruck und eine Unterschrift abnimmt, ein wenig zu genieren. In der Mitteilung an die Presse heißt es, daß die Konsulartagen auf Grund der Goldwährung berechnet werden, wobei der Franc zu 2.50, also sehr niedrig angesetzt wird. Aber die Beträge selbst werden nicht angegeben. Für ein Visa, das drei Monate lang und für mehrere Reisen hin und zurück innerhalb dieser Zeit gilt, sind 20 Fr. in Gold, d. i. in belgischem Papier $20 \times 2.50 = 50$ Fr. zu bezahlen. Wer in luxemburger Papier bezahlt, hat außerdem das Agio zu 8% zu entrichten, macht für 50 Fr. 4 Fr., also im ganzen 54 Fr. Für ein Jahr kostet dasselbe Visa 67.50 Fr. In keinem Fall kann ein Visa mit Gültigkeitsdauer über die Dauer des luxemburger Passes hinaus ausgestellt werden.

In jüngster Zeit war immer dringender in der Presse die Forderung vertreten worden, daß mit dem ganzen Pösswesen radikal ausgeräumt werden soll. Wenn jetzt die Länder ihr Pössisa als eine ergiebige Geldquelle kennen und schätzen lernen, ist sehr zu befürchten, daß der Pöß als dauernde Einrichtung bestehen bleiben wird. Diese Pößsteuer ist selbstverständlich eine der fortschrittswidrigsten, die es geben kann. Sie gehört in die Kategorie der Bewegungssteuern, und Bewegung dürfte in keinem Fall durch Steuerdruck gehemmt werden. Aber der Fiskus ist wie ein bissiger Hund. Solange Du still liegst, läßt er Dich ungeschoren, so wie Du Dich aber rührst, schnappt er Dir nach der Wade. Das Reisen besteuern, indem man sich für Pässe und ihre Visierung mehr bezahlen läßt, als sehr oft die Reise selbst kostet, ist eine Sünde wider den heiligen internationalen Geist der Kultur und Zivilisation und Völkerverbrüderung.

In dieselbe Kategorie gehört die prohibitive Automobilsteuer. Sie ist nicht nur eine brutale Knebelung des Fortschritts, sie ist antidemokratisch und volksaufwieglerisch. Nehmen Sie z. B. an, der Staat gäbe jedem Automobilbesitzer ein Subsid, um den Gebrauch dieses Behüls zu verallgemeinern: So würde auch der ärmste Fußgänger dem Auto mit Sympathie und mit der berechtigten Hoffnung nachsehen, daß auch er einst darin wird fahren können. So aber der Staat hingehet und durch eine unerschwingliche Steuer ein paar hundert, vielleicht ein paar Duzend Bürger kollert, auf den Schemel, an den Pranger stellt, als

unverschämt „raisch“ gradezu brandmarkt, so denunziert er sie direkt dem Volksunwillen, dem Haß und Neid der besitz- und hoffnungslosen Massen.

Aber der Fiskus braucht Geld, und Not kennt kein Gebot.

24. 10. 1920 So

A

1. Vertausung des belgischen Pössisa
mit prohibitive Automobilsteuer

Dienstag 24. 10. 1920